

Juli 2021

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Sonntagsfrage: CDU/CSU bleibt klar vor den Grünen.....	2
Nächste Bundesregierung: vier von zehn für unionsgeführtes Kabinett.....	3
Direktwahl: Scholz und Laschet gleichauf.....	4
Politikerzufriedenheit: Baerbock macht Ansehensverlust nicht wett.....	5
Reformbereitschaft: sechs von zehn am ehesten für Kurskorrekturen	6
Regierungszufriedenheit: Tiefstand vom Frühjahr überwunden.....	7
Wirtschaft: erstmals seit Pandemie-Ausbruch überwiegt positive Bewertung.....	8
Studieninformation.....	11

Zusammenfassung

Knapp drei Monate vor der Bundestagswahl ist die CDU/CSU in den Parteipräferenzen mit klarem Vorsprung stärkste Kraft. Bei einem aktuellen Wahlgang hätte sie wie im Vormonat einen Stimmenanteil von 28 Prozent in Aussicht. Die Grünen liegen mit unverändert 20 Prozent auf Rang Zwei. Die SPD müsste sich weiter mit dem dritten Platz begnügen und käme nach leichtem Zugewinn auf 15 Prozent (+1). Weiter zweistellig würden AfD und FDP mit jeweils 11 Prozent (je -1) abschneiden. Die Linke liegt stabil bei 7 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent (+1). Dass die Union bei einem Wahlausgang als stärkste Kraft die Koalitionsbildung bestimmt, entspricht dem Wunsch von 39 Prozent der Bundesbürger. Sie bevorzugen für die Zeit nach der Bundestagswahl politische Kontinuität und erneut ein unionsgeführtes Kabinett. 20 Prozent der Bundesbürger favorisieren eine SPD-geführten Regierung. 19 Prozent wiederum ziehen eine Bundesregierung erstmals unter Grünen-Führung vor.

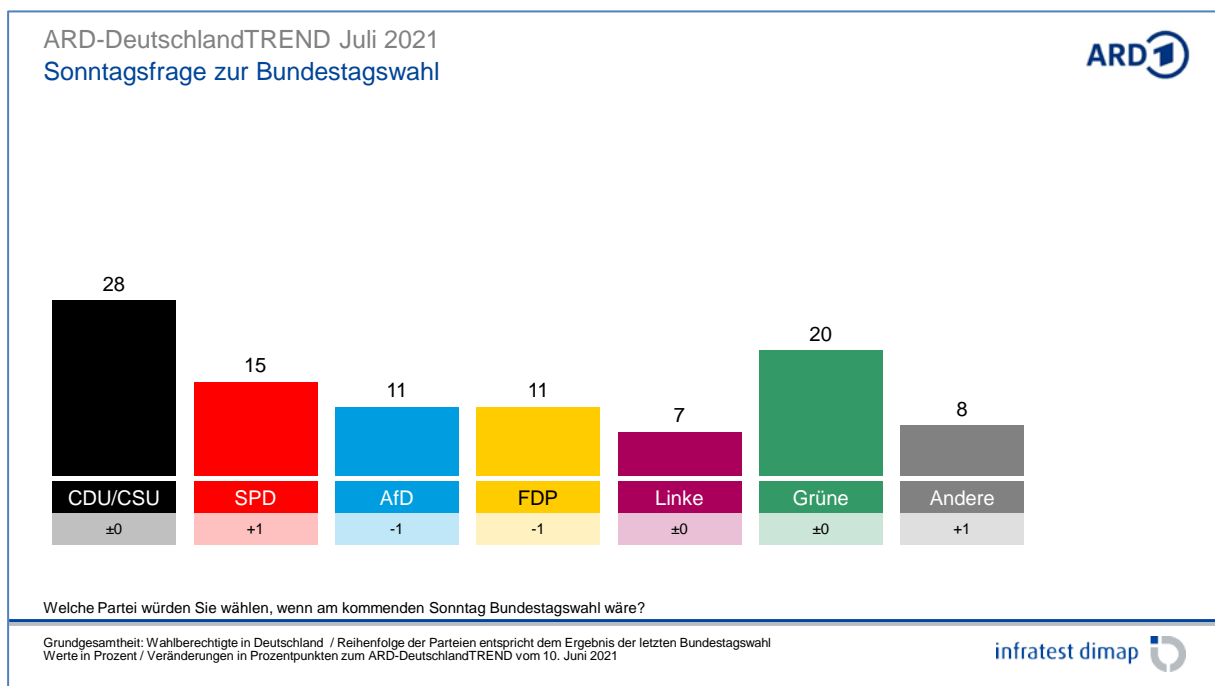
Beim Blick auf die drei Kanzlerkandidaten fällt das Bild keineswegs klar zugunsten der CDU/CSU aus. In der Frage der künftigen personellen Besetzung im Kanzleramt favorisieren aktuell 29 Prozent Olaf Scholz von der SPD, 28 Prozent Armin Laschet von der Union, nur 18 Prozent plädieren für Annalena Baerbock. Nach wie vor sind die Sympathien für Laschet in der Bevölkerung begrenzt. Trotz erneut gewachsenen Zuspruchs bleibt er hinter der Popularität der scheidenden Kanzlerin wie der seines SPD-Kontrahenten Scholz zurück. Mit einem Zuspruch von 37 Prozent liegt der CDU-Politiker im Bevölkerungsurteil mittlerweile allerdings weit vor der Grünen-Kanzlerkandidatin, die sich von ihrem Ansehensverlust wegen berichteter Unklarheiten im Lebenslauf und bei der Verbuchung von Zusatzeinnahmen bislang noch nicht wieder erholt hat. Wichtiger für die CDU/CSU als die Person des Kanzlerkandidaten: Wie schon vor früheren Bundestagswahlgängen hält sich der Wunsch nach umfassenden Veränderungen bei den Deutschen in Grenzen. Auch wenn sich die Unterstützung gegenüber 2017 fast verdoppelt hat. Einen grundlegenden Wandel im Land unterstützt lediglich ein Drittel. Sechs von zehn favorisieren für die Zeit nach der Wahl im Herbst am ehesten Kurskorrekturen im Land.

Unabhängig, wie sich die nächste Bundesregierung zusammensetzt. Sie wird auch an der Arbeit der jetzigen Koalition gemessen werden. Kurz vor Ende der Legislaturperiode ist knapp die Hälfte der Wahlberechtigten zufrieden mit Schwarz-Rot. Gut jeder Zweite übt Kritik. Damit steht die Koalition ähnlich da wie im Vormonat und deutlich besser als noch im April und Mai. Zugutekommen dem Berliner Bündnis positive Nachrichten über einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger zeigt sich deutlich erholt. Erstmals seit Ausbruch der Pandemie wird die wirtschaftliche Lage im ARD-DeutschlandTREND wieder mehrheitlich positiv bewertet. Profitieren kann die Bundesregierung darüber hinaus von weiter rückläufigen Corona-Infektionszahlen.

Die Sorge, dass man sich selbst oder Teile der Familie mit Corona anstecken könnte, treibt derzeit nur gut jeden Vierten um und bewegt sich damit auf dem Niveau des letzten Sommers. Zugleich fällt allerdings mit 62 Prozent die Sorge vor einer neuen Infektionswelle deutlich größer aus als vor einem Jahr, als man von einer Impfung der Bevölkerung noch weit entfernt war. Einen Grund hierfür liefern neue Corona-Varianten wie z.B. die Delta-Mutante, die zwei Drittel der Deutschen beunruhigen. Diese Skepsis gegenüber der Infektionsentwicklung der kommenden Monate stärkt bei fast jedem Zweiten die Befürchtung, pandemiebedingte Freiheitseinschränkungen könnten noch länger Geltung haben, der höchste Wert seit Ausbruch der Pandemie. Die mit Abstand größte Sorge der Deutschen im Zusammenhang mit Corona betrifft jedoch die Situation an den Schulen. Aufgrund der Einschränkungen der vergangenen Monate fürchten 79 Prozent Beeinträchtigungen in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Für den Herbst werden daher rechtzeitige Vorkehrungen für einen gesicherten Unterricht eingefordert. Unterstützung finden in der Bevölkerung insgesamt wie bei Eltern die Bereitstellung von Filteranlagen für alle Unterrichtsräume, das Angebot von Wechselunterricht auch bei hohen Inzidenzzahlen sowie das Beibehalten von Corona-Tests zumindest für nichtgeimpfte Schüler. Eine fortgesetzte Maskenpflicht im Unterricht stößt dagegen nicht nur bei Eltern auf mehrheitlichen Widerspruch.

Sonntagsfrage: CDU/CSU bleibt klar vor den Grünen

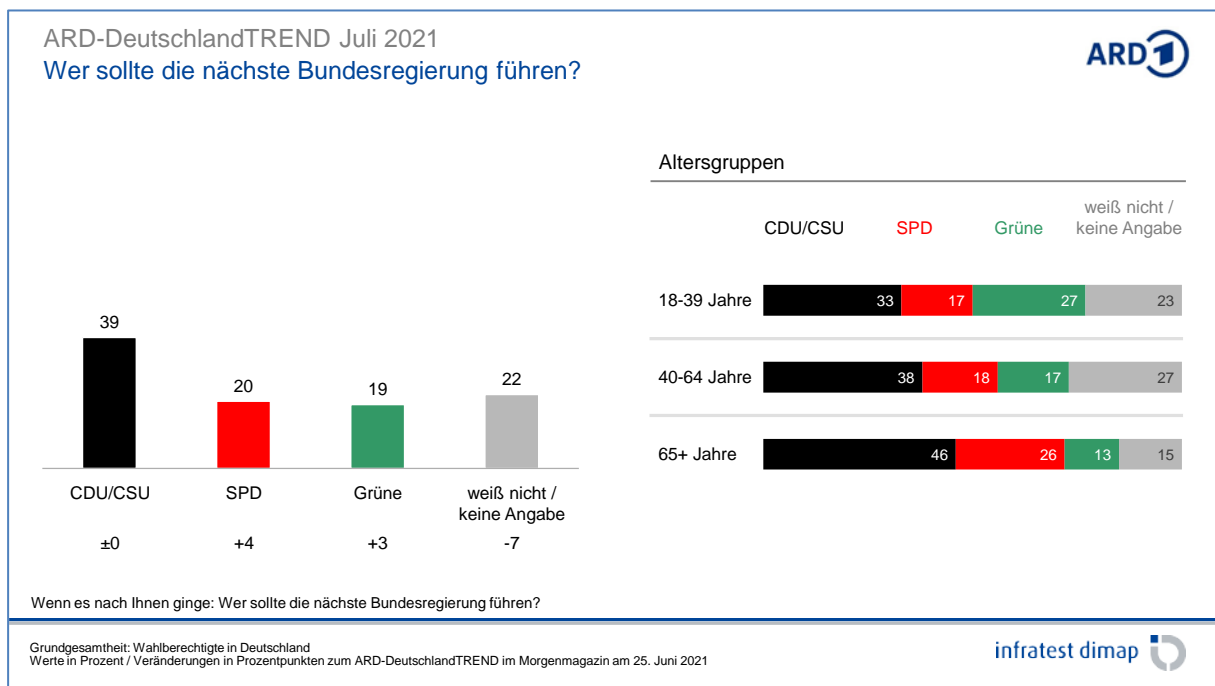
Knapp drei Monate vor der Bundestagswahl ist die CDU/CSU in den Parteipräferenzen mit klarem Vorsprung stärkste Kraft. Bei einem Wahlgang zum jetzigen Zeitpunkt hätte die CDU/CSU wie im Vormonat einen Stimmenanteil von 28 Prozent in Aussicht. Die Grünen liegen mit unverändert 20 Prozent auf Rang Zwei. Die SPD müsste sich weiter mit dem dritten Platz begnügen und käme auf 15 Prozent, 1 Punkt mehr als Anfang Juni. Weiter zweistellig würden FDP und AfD mit jeweils 11 Prozent (je -1) abschneiden. Die Linke liegt stabil bei 7 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent (+1). Mit einem solchen Wahlausgang bliebe die jetzige Koalition weiter ohne Mehrheit. Neben einer Koalition von CDU und Grünen wäre eine knappe Mehrheit für Grün-Rot-Gelb unter Umständen nicht ausgeschlossen.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Nächste Bundesregierung: vier von zehn für unionsgeführtes Kabinett

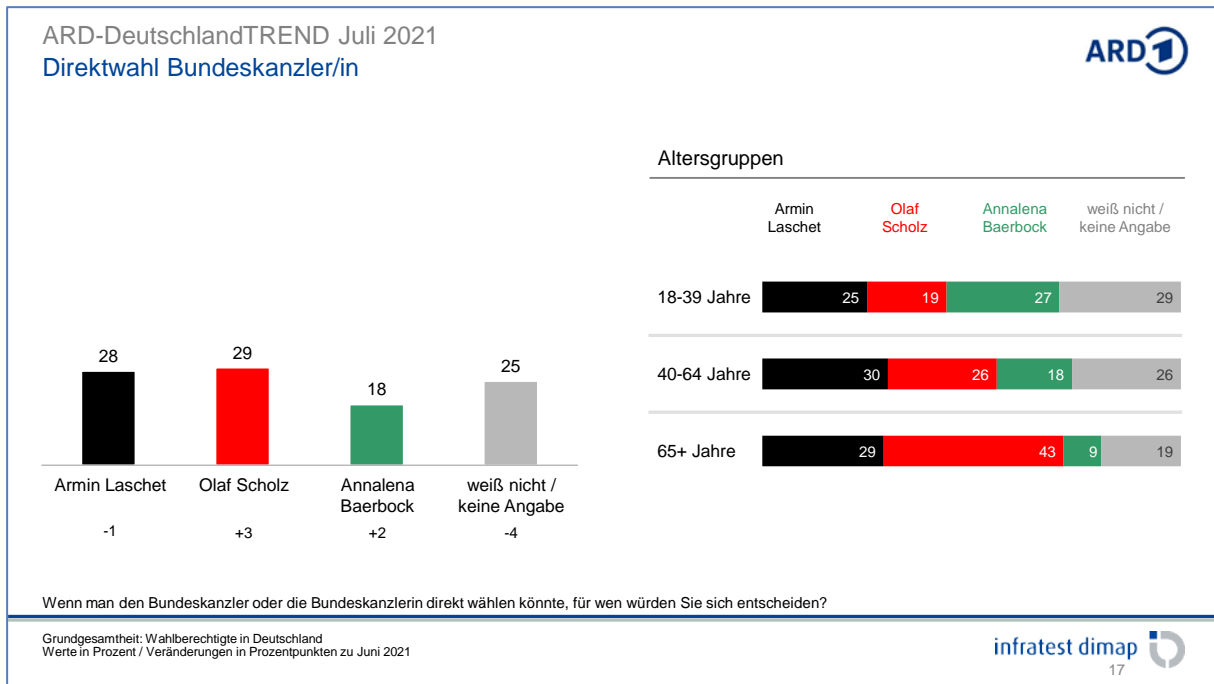
Dass die Union bei einem Wahlausgang als stärkste Kraft die Koalitionsbildung bestimmt, entspricht dem Wunsch von 39 Prozent der Bundesbürger. Sie bevorzugen politische Kontinuität in Berlin und für die Zeit nach der Bundestagswahl erneut ein unionsgeführtes Kabinett. 20 Prozent der Bundesbürger sprechen sich stattdessen für eine Rückkehr zu einer SPD-geführten Bundesregierung aus, wie sie es zuletzt bis 2005 gegeben hat. 19 Prozent wiederum ziehen im Bund eine Regierung erstmals unter Grünen-Führung vor. Ein Fünftel (22 Prozent) äußert aktuell keine Präferenz.



Eine erneut unionsgeführte Bundesregierung findet die stärkste Unterstützung bei den älteren Bürgern (46 Prozent). Dort sind zugleich auch die Sympathien für einen Wechsel zugunsten der SPD am größten (26 Prozent). Ein Regierungswechsel zugunsten der Grünen wiederum findet bei den unter 40-Jährigen im Vergleich den meisten Zuspruch (27 Prozent). Aber auch diese Altersgruppe favorisiert stärker noch ein erneut unionsgeführtes Kabinett (33 Prozent). Die Anhänger der Union (94 Prozent), SPD und Grünen (jeweils 79 Prozent) setzen erwartungsgemäß mit jeweils großen Mehrheiten auf die eigene Partei. Sechs von zehn FDP-Anhängern (59 Prozent) präferieren ein CDU/CSU-geführtes Bündnis, die Anhänger der Linken setzen weiterhin eher auf eine SPD- (39 Prozent), denn auf eine Grünen-geführte Koalition (33 Prozent). Für die Hälfte der AfD-Anhänger (49 Prozent) ist keine der drei Optionen wünschenswert. Ein Drittel der AfD-Anhänger (34 Prozent) unterstützt jedoch ein Kabinett unter Führung der CDU/CSU.

Direktwahl: Scholz und Laschet gleichauf

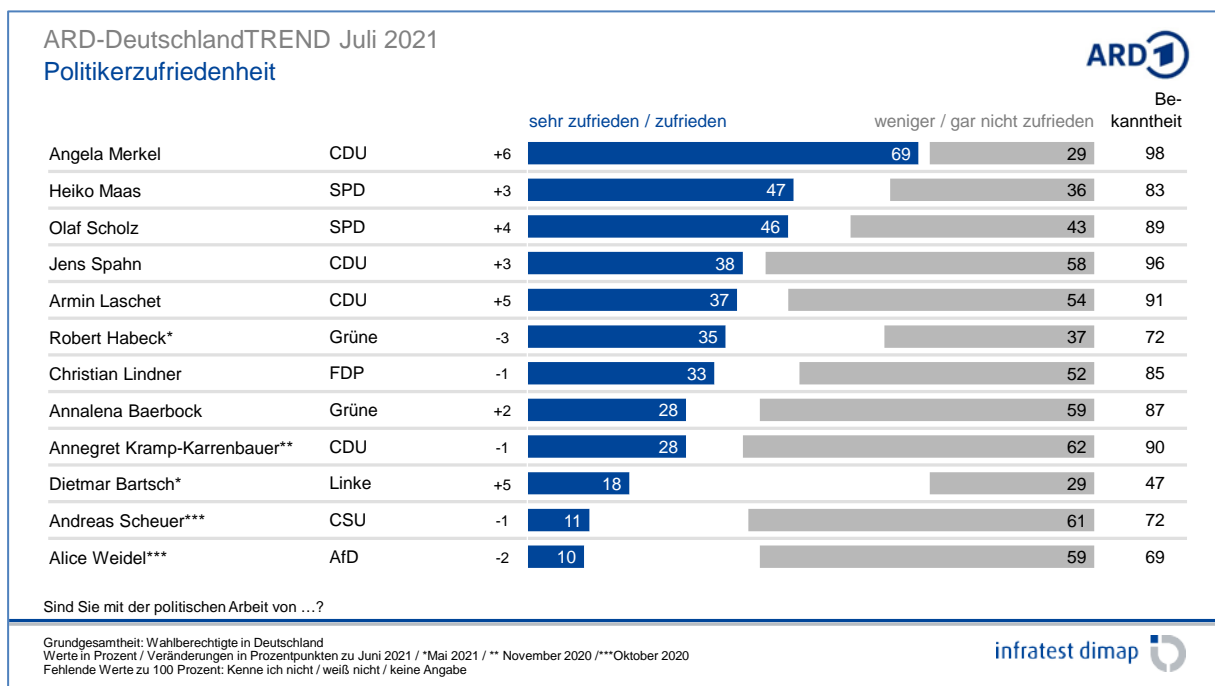
Beim Blick auf die drei Kanzlerkandidaten fällt das Bild allerdings keineswegs klar zugunsten der CDU/CSU aus. In der Frage der künftigen personellen Besetzung im Kanzleramt favorisieren 29 Prozent Olaf Scholz von der SPD (+3 zu Juni), 28 Prozent Armin Laschet (-1) von der Union, nur 18 Prozent (+2) plädieren für Annalena Baerbock. Ein Viertel der Deutschen (25 Prozent; -4) kann oder will sich weiterhin für keinen der drei entscheiden.



Wunschkandidat der älteren Bundesbürger ist mit Abstand Olaf Scholz (43 Prozent). Während in den mittleren Alterslagen Armin Laschet (30 Prozent) im Vorteil gegenüber dem SPD-Kandidaten ist (26 Prozent), liegt bei den Präferenzen der unter 40-jährigen Bundesbürger Baerbock (27 Prozent) knapp vor dem Unions-Kandidaten (25 Prozent). Die Ausstrahlung der drei Kanzlerkandidaten gegenüber der jeweils eigenen Anhängerschaft variiert nach wie vor. Der Rückhalt von Annalena Baerbock in der eigenen Anhängerschaft fällt mit 74 Prozent am größten aus, der von Armin Laschet mit zwei Dritteln (64 Prozent) dagegen am kleinsten.

Politikerzufriedenheit: Baerbock macht Ansehensverlust nicht wett

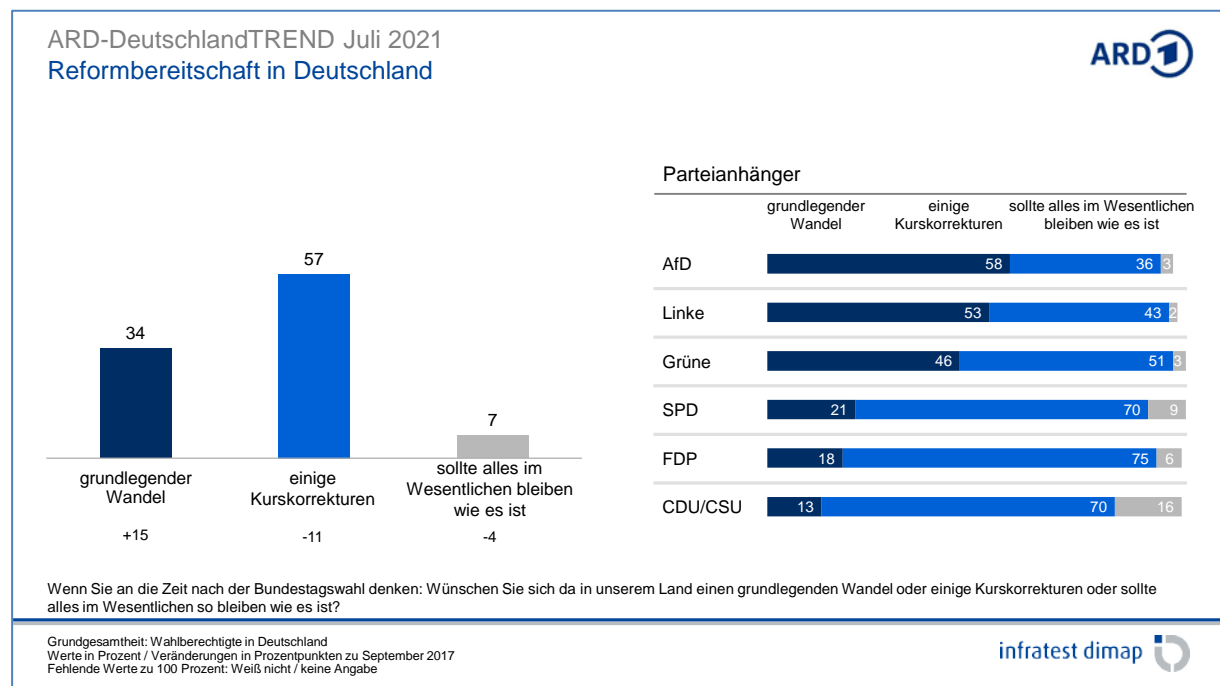
Wie die Ergebnisse der Direktwahlfrage zeigen, sind die Sympathien für Armin Laschet in der Bevölkerung nach wie vor begrenzt. Dies spiegelt sich auch in seinen Zufriedenheitswerten: Die Popularität der scheidenden Kanzlerin (69 Prozent; +6 zu Juni) wie die seines SPD-Kontrahenten Olaf Scholz (46 Prozent; +4) verfehlt Armin Laschet weiterhin. Allerdings gewinnt der Unions-Kanzlerkandidat im Monatsverlauf erneut an Sympathien und setzt sich im Bevölkerungsurteil (37 Prozent; +5) deutlich von der Grünen-Kanzlerkandidatin ab. Annalena Baerbock hat sich von ihrem Ansehensverlust wegen berichteter Unklarheiten im Lebenslauf und bei der Verbuchung von Zusatzeinnahmen bislang noch nicht wieder erholt (28 Prozent; +2). Sie liegt in der aktuellen Bewertung der Bundesbürger hinter FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner (33 Prozent; -1) und ebenso hinter ihrem Co-Vorsitzenden Robert Habeck (35 Prozent; -3). Deutlich zurück stehen im Bevölkerungsurteil die Spitzenkandidaten von Linken und AfD. Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch überzeugt jeden sechsten Wahlberechtigten (18 Prozent; +5 zu Mai), Alice Weidel von der AfD jeden zehnten (10 Prozent; -2 zu Oktober).



Von den im aktuellen ARD-DeutschlandTREND abgefragten Bundesministern wird SPD-Außenminister Heiko Maas (47 Prozent; +3 zu Juni) gemeinsam mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der Bevölkerung am besten bewertet, gefolgt von CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (38 Prozent; +3). CDU-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer bleibt mit einem Zuspruch von 28 Prozent (-1 zu November 2020) erkennbar dahinter zurück. Massiv entfernt vom Ansehen der Berliner Amtskollegen ist nach wie vor Verkehrsminister Andreas Scheuer. Den CSU-Politiker, der spätestens seit der gescheiterten PKW-Mau unter Druck steht, bewerten am Ende der Legislaturperiode lediglich 11 Prozent (-1 zu Oktober 2020) der Bundesbürger wohlwollend. Er gehört damit zu den am schlechtesten bewerteten Bundesministern in der Geschichte des ARD-DeutschlandTREND.

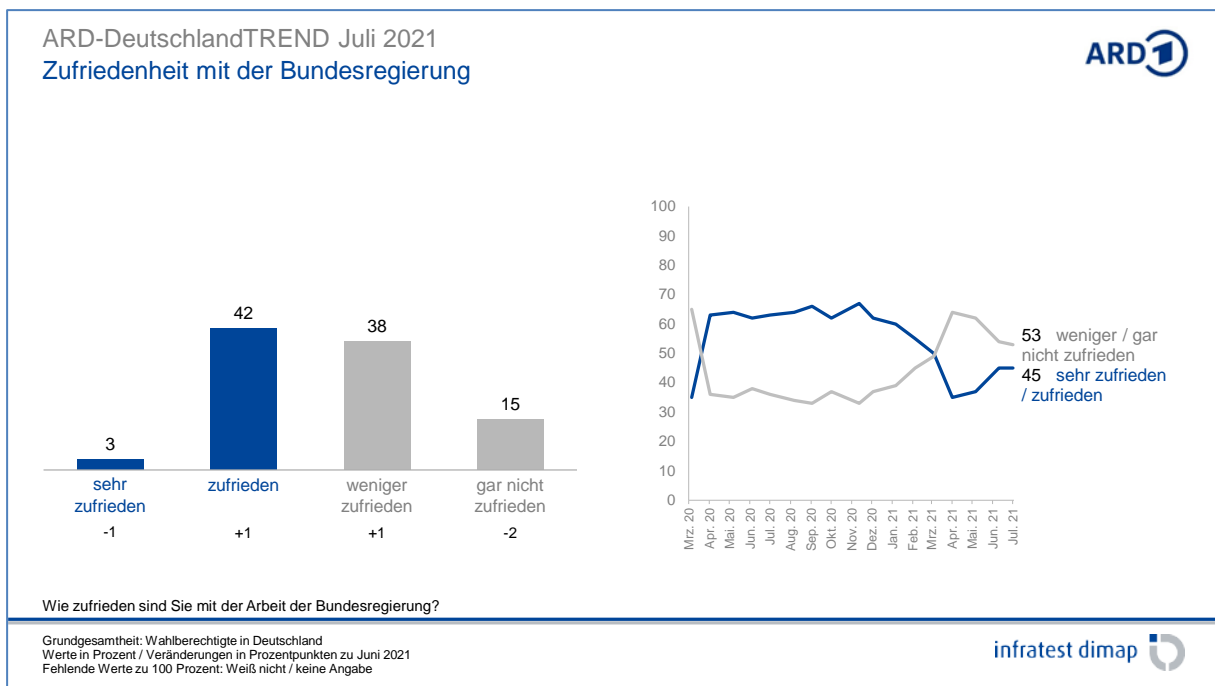
Reformbereitschaft: sechs von zehn am ehesten für Kurskorrekturen

Wichtiger für die CDU/CSU als die Person des Kanzlerkandidaten: Wie schon vor früheren Bundestagswahlgängen hält sich der Wunsch nach umfassenden Veränderungen bei den Bundesbürgern auch diesmal in Grenzen. Zwar hat sich die Offenheit für tiefergehende Veränderungen gegenüber 2017 fast verdoppelt. Einen grundlegenden Wandel im Land unterstützt jedoch nur ein Drittel der Wahlberechtigten (34 Prozent; +15). Sechs von zehn (57 Prozent; -11 zu September 2017) favorisieren stattdessen für die Zeit nach der Wahl am ehesten Kurskorrekturen im Land. Gerade die Union spricht überdurchschnittlich viele Wahlberechtigte (70 Prozent) an, die eher moderate Anpassungen im Land unterstützen, ebenso wie SPD (70 Prozent) und FDP (75 Prozent). In den Reihen der Grünen haben Forderungen nach einem grundlegenden Wandel mit 46 Prozent dagegen einen deutlich größeren Stellenwert, noch mehr aber bei den Anhängern der Linken (53 Prozent) und der AfD (58 Prozent).



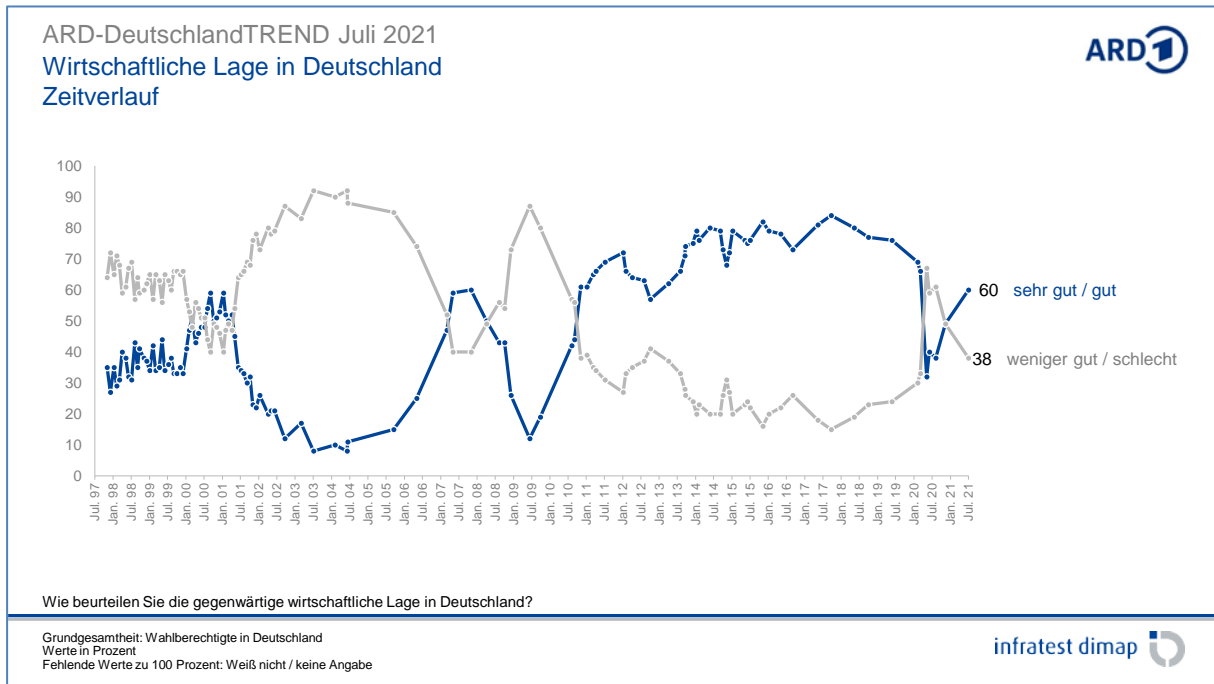
Regierungszufriedenheit: Tiefstand vom Frühjahr überwunden

Unabhängig, wie sich die nächste Bundesregierung zusammensetzt. Sie wird auch an der Arbeit der jetzigen schwarz-roten Koalition gemessen werden. Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode zieht knapp die Hälfte der Wahlberechtigten eine positive Bilanz für die Berliner Regierungsarbeit (45 Prozent). Gut jeder Zweite (53 Prozent) übt Kritik. Damit steht die Koalition ähnlich da wie im Vormonat und deutlich besser als noch im April und Mai. In den Reihen der Koalitionspartner CDU/CSU (69 Prozent) und SPD (59 Prozent) überwiegt ein wohlwollendes Urteil, ebenso bei den Anhängern der Grünen (63 Prozent). Die FDP-Wähler sind in ihrem Urteil eher kritisch (41:59 Prozent). In den Reihen von Linken (16:84 Prozent) und AfD (5:95 Prozent) überwiegt die Kritik deutlich.



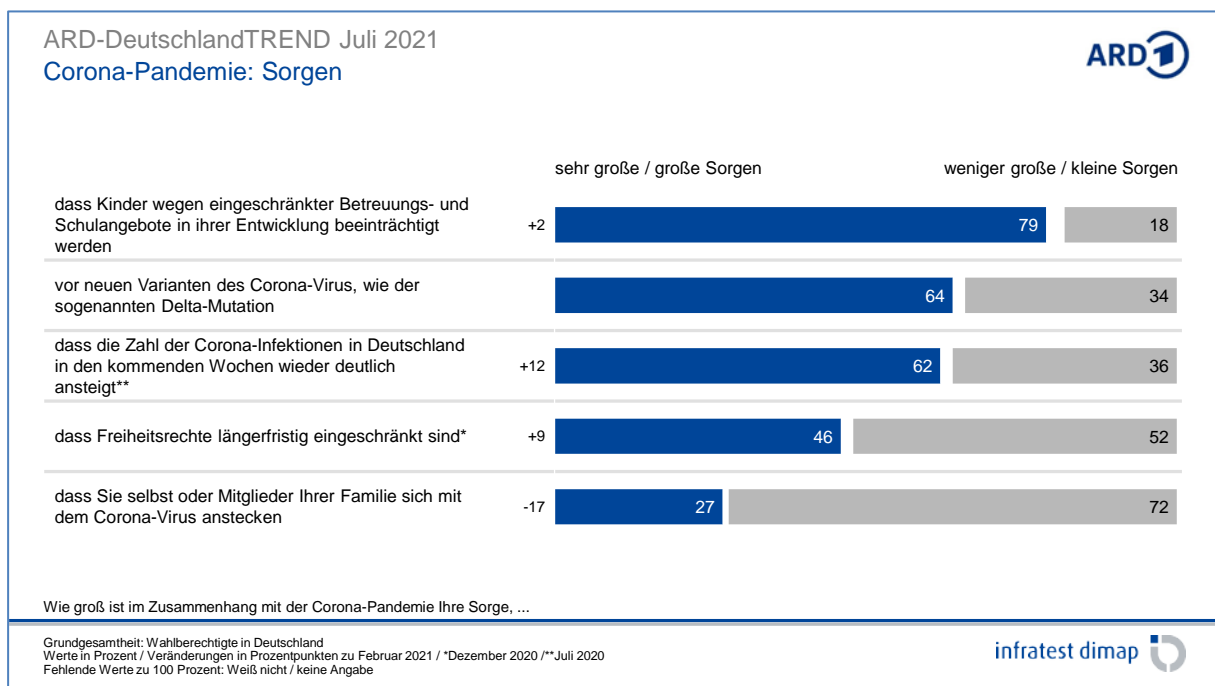
Wirtschaft: erstmals seit Pandemie-Ausbruch überwiegt positive Bewertung

Zugutekommen der Berliner Koalition im Bevölkerungsurteil positive Wirtschaftsnachrichten, wie die von rückläufigen Arbeitslosenzahlen. Die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger zeigt sich gegenüber Herbst jedenfalls deutlich erholt. Erstmals seit Pandemie-Ausbruch im vergangenen Jahr wird die wirtschaftliche Lage im ARD-DeutschlandTREND wieder von einer Mehrheit positiv bewertet. 60 Prozent der Wahlberechtigten (+11 zu November) bezeichnen die aktuelle Situation als sehr gut bzw. gut, 38 Prozent als weniger gut oder schlecht.



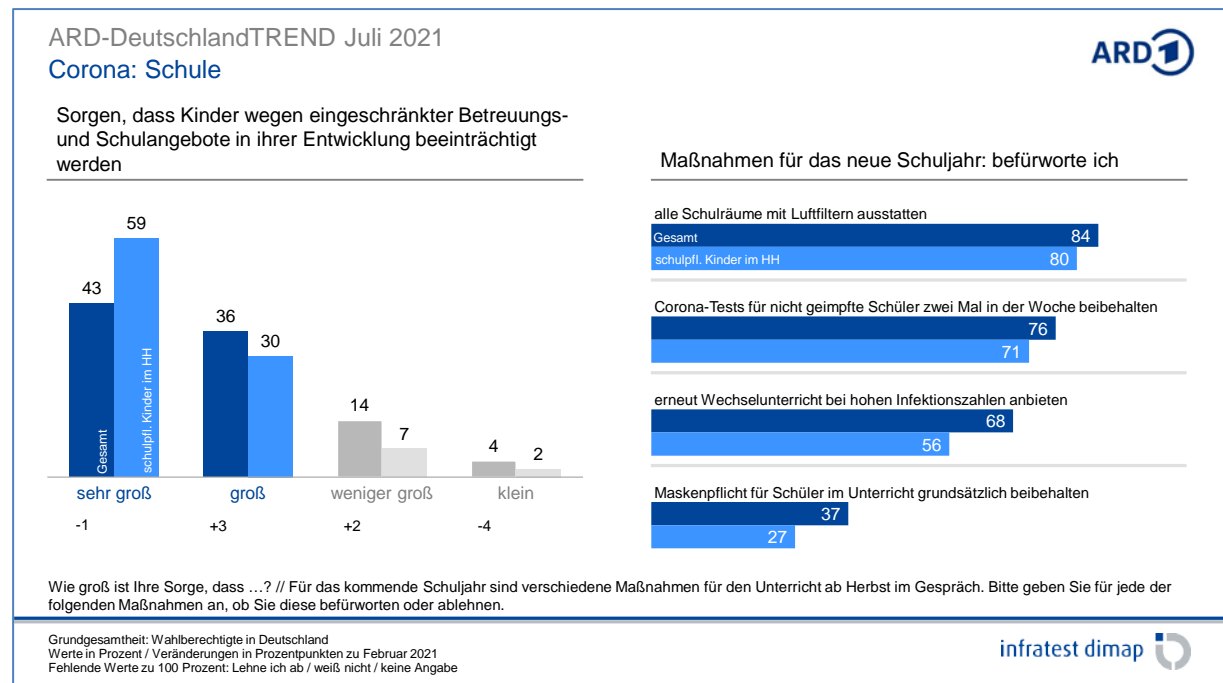
Corona: zwei Drittel in Sorge vor zweiter Welle

In Deutschland sind die Corona-Infektionszahlen rückläufig. Die Sorge, sich selbst oder Teile der Familie mit Corona anzustecken, treibt derzeit nur gut jeden Vierten (27 Prozent) um und bewegt sich damit etwa auf dem Niveau des letzten Sommers (August 2020: 28 Prozent). Zugleich fällt allerdings die Sorge vor einer neuen Infektionswelle mit wieder anziehenden Inzidenzzahlen mit 62 Prozent deutlich größer aus als vor einem Jahr (Juli 2020: 50 Prozent). Einen Grund hierfür dürften neue Varianten des Corona-Virus wie z.B. die Delta-Mutante liefern, die zwei Drittel der Deutschen (64 Prozent) beunruhigen. Diese Skepsis gegenüber der Infektionsentwicklung der nächsten Monate stärkt bei fast jedem Zweiten (46 Prozent) die Befürchtung, pandemiebedingte Freiheitseinschränkungen könnten bei uns noch länger Geltung haben, der höchste Wert in Deutschland seit Ausbruch der Pandemie.



Schulstart im Herbst: Filteranlagen ja, Masken im Unterricht nein

Die mit Abstand größte Sorge der Deutschen im Zusammenhang mit Corona betrifft jedoch die Situation an den Schulen. Aufgrund der Einschränkungen der vergangenen Monate fürchten acht von zehn Wahlberechtigten (79 Prozent) und neun von zehn Eltern (89 Prozent) Beeinträchtigungen in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Für den Herbst werden daher rechtzeitige Vorkehrungen für einen gesicherten Unterricht eingefordert. Hierzu gehören die Bereitstellung von Filteranlagen für alle Unterrichtsräume, die 84 Prozent der Bundesbürger befürworten. Ein Angebot von Wechselunterricht auch bei hohen Inzidenzzahlen unterstützen 68 Prozent der Wahlberechtigten. Zweimalige Corona-Tests pro Woche, zumindest für nichtgeimpfte Schüler sollten nach Ansicht von drei Vierteln der Bundesbürger (76 Prozent) im Herbst beibehalten werden. Weniger Sympathien zieht eine fortgesetzte Maskenpflicht im Unterricht auf sich. Nur vier von zehn Bundesbürgern (37 Prozent) und sogar nur 27 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder unterstützen dies.



ARD–DeutschlandTREND Juli 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteur WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon* - und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.317 Befragte (861 Telefoninterviews und 456 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	28. bis 30. Juni 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0